

„Kirche in Not“
15. Dezember 2019

Das Jahr 2019 war eines der blutigsten für Christen



An Ostersonntag wurden Anschläge auf drei Kirchen und mehrere Hotels in Sri Lanka verübt – im Bild die St. Sebastian Kirche nach dem Anschlag. Foto: picture-alliance/NurPhoto

Berlin/München (idea) – Das Jahr 2019 war eines der blutigsten für Christen. Das sagte der Deutschlandgeschäftsführer des weltweit tätigen katholischen Hilfswerkes „Kirche in Not“, Florian Ripka (München), gegenüber der Wochenzeitung „Welt am Sonntag“. Auf der ganzen Welt sähen Extremisten in Angriffen auf Christen eine „legitime Alternative für direkte Schläge gegen den Westen“.

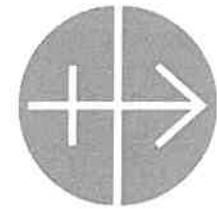
Ripka verwies auf Morde in Syrien sowie auf Anschläge auf den Philippinen, in Sri Lanka und in Burkina Faso. In dem westafrikanischen Land wurden am ersten Advent (1. Dezember) bei einem Anschlag auf eine Kirche 14 Menschen getötet. Seit Februar seien bei Angriffen auf christliche Einrichtungen 20 Menschen ums Leben gekommen.

Bedford-Strohm: Islam ist herausgefordert

Der EKD-Ratsvorsitzende, Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm (München), erklärte gegenüber der Welt am Sonntag: „Angesichts der Intoleranz, die weltweit aktuell von Regimen ausgeht, die den Islam politisch missbrauchen, ist der Islam hier derzeit sicherlich am stärksten herausgefordert.“ Die Bekämpfung und Verdrängung anderer Bekenntnisse dürfe „in keiner Religion einen Platz haben“.

Der Ratsvorsitzende forderte, Deutschland dürfe grundsätzlich keine Christen in die islamischen Länder Afghanistan und Iran abschieben, in denen „insbesondere konvertierte Christen ihre Religion nicht gefahrlos leben können“.

Angriffe auf Christen „von Pakistan bis Nigeria“



Der frühere Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, sagte der Zeitung, die Situation von Christen sei in vielen Regionen der Welt besorgniserregend. Neben dem Nahen Osten nannte der Politiker die Sahel-Region in Afrika und Asien.

Nach den Worten des Beauftragten der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit, Markus Grübel (CDU), haben Christen „von Pakistan bis Nigeria“ Probleme. „Der fruchtbare Halbmond ist zu einem furchtbaren Halbmond geworden“, so Grübel.

Lage in Algerien verschärft sich

In Algerien verschärfe sich die Lage der Christen, berichtete die Welt am Sonntag weiter. Obwohl in dem nordafrikanischen Land der Islam Staatsreligion sei, habe es lange als „liberaler Ort für Andersgläubige“ gegolten. Seit diesem Jahr aber würden die rund 125.000 Christen in dem Land massiv verfolgt.

Die Behörden hätten mittlerweile 16 der insgesamt 42 Kirchen geschlossen. Mehrere Christen stünden wegen Missionierung oder der Vermietung von Gebetsplätzen vor Gericht. Ihnen drohten Geld- und Gefängnisstrafen. Als Vorwand für die Kirchenschließungen würden fehlende Registrierungen und Genehmigungen angeführt.

In Wirklichkeit seien die Maßnahmen aber wohl ein Ablenkungsmanöver der korrupten Regierung, die sich seit Monaten mit Massenprotesten der Bevölkerung konfrontiert sehe.

Bisher habe sich das Vorgehen der Behörden aber noch nicht auf die Stimmung der Bevölkerung übertragen, erklärte der für die Weltweite Evangelische Allianz (WEA) tätige libanesische Menschenrechtsexperte Wissam al-Saliby (Genf) gegenüber der Zeitung.